

WITIKOBRIEF

RECHTSWAHREND-STAATSTRAGEND-UNABHÄNGIG

Feber 2023



Papst Benedikt XVI. (†)

Wahrer des Rechts (sh.S.3)

Bild: 2-Euro-Münze des Vatikans

Inhalt:	
01. Papst Benedikt XVI. stützte das Recht	S. 03
02. Pavel oder der Balken im eigenen Auge	S. 04
03. Das Trauma des 4.März (Dr. Wassertheurer)	S. 04
04. Das Wort des Vorsitzenden	S. 05
05. Schreiben an MP Dr. Söder (Vogt Gr.)	S. 05
06. Schreiben an UN-Komm. Präs. Bálek (Slezak)	S. 07
07. Es geht um Menschenwürde	S. 08
08. Klartext zum MA	S. 09
09. Zwangsarbeit - ungleiches Maß	S. 10
10. Philosophie in Böhmen vor 200 J. (Volk)	S. 11
11. Die Welt verstehen	S. 12
12. Lektüre für Sudeten-Enkel (Schultze-Rhonh.)	S. 13
13. Chronik eines Umbruchs (Pilsner Tagbl.)	S. 16
14. Vor 75 J.: Fingierte Grenze (Dr. J. Mohn)	S. 19
15. Tsch. Gesetz z. Schutz der Republik (Bergler)	S. 21
16. Das Wiegenlied Heidschi Bumbeidschi	S. 23
- und weitere Beiträge passim -	
Foto Titelseite: Europ. Zentralbank	

Impressum

DER WITIKOBRIEF.

(Mitteilungsblatt des Witikobundes, der sudetendeutschen Gemeinschaft nationaler Gesinnung)

Erscheinungsweise: Feber, Mai, August, November jeweils zur Monatsmitte; Jahresabo. 18 Euro; für Mitglieder frei.

Herausgeber: Witikobund e.V

V.i.S.P.: Felix Vogt-Gruber, 1. Vors., Prof. Bamann-Str. 19, D-89423 Gundelfingen, Tel: 01707029867.

Schriftleitung und Layout: Friedebert Volk, Joh.Seb.Bach-Str. 51, D-61250 Usingen/Ts.; Tel.: 06081-2611;

e-Post: [wikitobund-bundesverband@free.net.de](mailto:witikobund-bundesverband@free.net.de); Heimseite: www.witikobund.de

Druck: Wolfring, An der Riedwiese 6, 61250 Usingen

Beiträge und Leserbriefe werden an die Schriftleitung erbeten. Änderungen vorbehalten!

Bankverbindungen: Hypo Vereinsbank München: IBAN: DE31700202706880157106; BIC: HYVEDEMMXXX; (alt: Kto. 6880 157 106, BLZ. 700 202 70); Postbank München: IBAN DE38700100800152360803; BIC: PBNKDEFF; (alt: Kto. 152 360-803; BLZ. 700 100 80)

Rechnungsstelle (auch für Spendenquittungen): Frank Dittrich, 61294 Bad Homburg, PF.2411. Bei Spenden bis 200 € genügen als Spendenquittung der Einzahlungsbeleg u. die Angabe unserer Steuernummer: 03 250 99235 bei FA Bad Homburg. Der Witikobrief erscheint ununterbrochen seit 1958, jetzt im 65. Jahr!

Die Grundsätze des Witikobundes

In der Grundsatzfrage folgt der Witikobund dem Böhmerwalddichter Adalbert Stifter, der für Böhmen nur bei strengster Beachtung von Sitte und Recht eine Zukunft sah. Es müsse versucht werden, die „*Majestät des Sittengesetzes so kraftvoll und glänzend darzustellen*“, dass die Menschen „*sich zitternd und bewundernd der Macht beugen, die das Böse verbietet*“.

Stifter selbst nahm es auf sich, diese „kraftvolle und glänzende“ Darstellung mit dem Roman Witiko zu schaffen. In der Leitfigur gleichen Namens „*wurden Recht und Sitte Person*“, die immer danach trachtete, „*das Richtige*“ zu tun und die im Konfliktfall immer dafür eintrat, dass ***die Bruchlinie niemals entlang der nationalen Unterschiede verläuft, sondern immer nur dort, wo Recht und Würde des anderen berührt werden.***

Fundstücke:

1. Stalin gab Hitler am 10.3.1939 in einer Rede einen „Wink“ für die Errichtung des Protektorats. Die Reichsregierung verstand ihn und handelte fünf Tage später danach (Burckhard, C. J., Danziger Mission, S.239 f.).
2. Der Vorsitzende der slowakischen Volkspartei, A. Hlinka, beklagte vor dem US-Kongress, dass die Tschechen seinem Volke alleine 1919 mehr Unrecht angetan hätten, als vorher die Ungarn in 1000 Jahren (Herget, Egerländer, 1979/9, S. 173)
3. Auf der am 31.12.1936 gültigen Zensurliste der ČSR standen 2.300 deutsche Bücher und 170 deutsche Lieder. Ziel war die Abschnürung der Sudetendeutschen von der deutschen Kultur, was einem Versuch des kulturellen Völkermordes ähnelte (Wlm. Pleyer, Europas unbekanntes Mitte, S.193).
4. Im Sudetenland gab es prozentual mehr NS-Verfolgte als im Altreich (Jh. Böhm, Sdt.Z., 28.5.2004).
5. Anders als bei den Kommunisten ab 1948 war die tschechische Literatur im Protektorat nicht ernsthaft gefährdet, denn es gab am Ende der Protektoratszeit „an die 10 tschechische Literaturzeitschriften“ (Ota Filip, in: NZZ, 1.2.1975 bzw. T. Herget, in: Egerländer 1973/4, S.80 (nach Antonin Kratochvil).

Papst em. Benedict XVI. (†) stützte das Recht

In den Nachrufen auf Papst em. Benedict XVI. liest man viel von seiner Rolle bei der Aufarbeitung der kirchlichen Missbrauchsfälle oder von der Verstimmung Frau Merkels 2009 nach der Aufhebung der Exkommunikation von Bischöfen der Piusbruderschaft, darunter auch Richard Williams.

Mehr in den Hintergrund geriet dabei Benedicts XVI. vorbildliches Eintreten für Recht und Gerechtigkeit. Bei zwei seiner großen Reden vor Deutschen wählte er dieses Thema. Die erste Rede hielt er 1979, als er beim Sudetendeutschen Tag in München als dort zuständiger Erzbischof das Hochamt zelebrierte. Die zweite Gelegenheit bot sich ihm 2011 im Deutschen Bundestag.



Benedikt XVI.

Redeauszüge:

Der Predigt vor den Sudetendeutschen in München 1979 ist folgende Passage entnommen:

*“Wenn Sie der verlorenen Heimat gedenken, dann steht das Unrecht der Vertreibung wieder vor Ihren Augen, das 15 Millionen Deutsche nach dem Krieg oft unter schrecklichen Begleitumständen widerfahren ist. Die Weltöffentlichkeit hört aus vielen Gründen nicht gern davon, es passt nicht in ihr Geschichtsbild hinein. Sie drängt dazu, dieses Unrecht zu verschweigen, (...) auch Wohlgesinnte meinen, dass man um der Versöhnung willen nicht mehr davon sprechen solle. **Aber eine Liebe, die den Verzicht auf die Wahrheit voraussetzt, ist keine wahre Liebe.** Sie hätte ein schlechtes Fundament. Aus der Psychologie wissen wir, dass Verschwiegene und Verdrängte im Menschen weiterwirkt und, wenn es keinen Ausweg findet, zur Vergiftung von innen her wird. Was im Leben des Einzelnen gilt, das gilt auch für die Völker (...). **Nur die Annahme der Wahrheit kann heilen.** Liebe braucht Wahrheit und darf nicht ohne sie sein.”*

Über die Bedeutung des Rechts äußerte sich Benedict XVI. im Jahre 2011 auch vor dem Deutschen Bundestag, damals schon als Papst:

*„**Die Politik muss ein Bemühen um Gerechtigkeit sein und so die Voraussetzung für Frieden schaffen.... Der Erfolg ist dem Maßstab der Gerechtigkeit, dem Willen zum Recht und dem Verstehen für das Recht untergeordnet.** Erfolg kann auch Verführung sein und so den Weg auf tun für die Verfälschung des Rechts, für die Zerstörung der Gerechtigkeit. “Nimm das Recht weg – was ist dann ein Staat noch anderes als eine große Räuberbande“, hat der heilige Augustinus einmal gesagt. ...“*

Kein Echo

Mit diesen Worten gab Benedikt nicht nur den Vertreibern einen gültigen Kompass an die Hand. Auch meinte er mit „Recht“ nicht, dass sich jeder Staat seine eigene „Rechtsordnung“ basteln könne. Nein, Benedikt meint das Recht, das seinen Niederschlag in der Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen gefunden hat. Leider werden diese Papst-Worte sogar in den als besonders christlich geltenden Ländern und von ebensolchen Vertriebenenverbänden übergangen, was manche Trauerbekundungen beim Tod Benedicts leider etwas entwertet. Rechtstreue Vertriebene dürfen Benedikts Worte aber als Ermutigung ansehen, ihren Weg fortzusetzen.

Schließlich ist hervorzuheben, was Kardinal Lustiger in „Le Monde“ (18.8.2005) äußerte: Die Wahl Benedikts zum Papst habe *„eine sehr starke Bedeutung für Deutschland, anders und umfassender als seine wirtschaftlichen Erfolge. **Deutschland kehrt in seine Legitimität und Ehre zurück.** Es ist mehr als das Ende des Krieges, es ist das Ende der deutschen Trauer“*.

Pavel oder der Balken im eigenen Auge

Die Stichwahl um das Präsidentenamt in der ČR gewann General a.D. Petr Pavel. Seine erste Stellungnahme war: „Mögen Wahrheit, Ehre und Würde in unser ganzes Land zurückkehren“. Leider werden solche Worte nie auf die Vertreibung bezogen, wie auch andere Beispiele zeigen.



General a.D. P.Pavel

So schwärmte MP Fiala im Vorjahr bei der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft von Rechtsstaatlichkeit und den „besten geistigen Traditionen Europas“. Und Václav Bálek, seit 1.1. 2023 Vorsitzender des UN-Menschenrechtsrates, will, dass der „Rat ein sicherer Ort für Menschenrechte“ sei. Auswirkungen auf die Vertriebenen hatte es in beiden Fällen nicht. Es könnte eher so sein wie bei Benesch. Dieser war Generalsekretär des Völkerbundes in Genf und sorgte dafür, dass das Thema Sudetenland nie auf die Tagesordnung kam.

Pavel wurde 1961 in Plan (Egerland) geboren, entstammt einer Soldatenfamilie und erreichte selbst höchste Offiziersränge. Ob es für ihn eine Offizierschre gibt, wird man sehen. Vermutlich wird auch er den Balken im eigenen Auge übersehen. (F.V.)

Das Trauma vom 4. März 1919

Die Mär von der Selbstbestimmung

Der 4. März 1919 ist Teil der sudetendeutschen Identität und nimmt im kollektiven Gedächtnis der Sudetendeutschen einen breiten Raum ein, steht dieses Datum doch für staatliche Gewalt, Mord, Missachtung des Selbstbestimmungsrechts und nationale Unterdrückung. Der US-amerikanische Präsident Woodrow Wilson hatte in seinem 14-Punkteprogramm eine Neuordnung Europas auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker vorgestellt. Mehr als 3 Millionen Sudetendeutsche beriefen sich auf dieses Recht, ebenso beanspruchte die im November 1918 gegründete Republik Deutsch-Österreich die mehrheitlich deutsch besiedelten Gebiete Böhmens und Mährens. In Saint Germain sprach die Entente das Selbstbestimmungsrecht aber den Tschechen und Slowaken zu. Bereits während des Kriegs war Tomáš G. Masaryk und Eduard Beneš die Souveränität zugesagt worden. Am 4. März 1919 wurden daher landesweit gleichzeitig friedliche Demonstrationen abgehalten. Es war die Sozialdemokratie unter Josef Seliger, die wegen einer drohenden Geldentwertung dazu aufgerufen hatte. Außerdem konstituierte sich an diesem Dienstag in Wien der Nationalrat der Republik Deutsch-Österreich. Dem neuen Parlament gehörten auch 24 Vertreter der Sudetendeutschen an, die noch 1911 in den Reichsrat entsandt worden waren. Jetzt wurden sie jedoch nicht mehr zur Wahl des Nationalrats zugelassen. Das Regime in Prag hatte das zu verhindern gewusst! Getrieben von wirtschaftlichen Ängsten und der drohenden Abspaltung vom österreichischen Mutterland folgten Massen von Sudetendeutschen den Aufrufen. Zu den Schüssen auf die Demonstranten kam es, weil das tschechische Militär auf einen existenzbedrohenden Volksaufstand vorbereitet wurde und überreagierte. Zu einem ernsthaften Zwischenfall kam es nur in Sternberg. In Kaaden war der Auslöser eine Rangelei um das Hissen einer Flagge. Überall sonst fehlten solche Vorfälle. Aber auch in den beiden kritischen Fällen war der Gebrauch scharfer Munition unangemessen. Der Blutzoll der Sudetendeutschen war hoch: 54 Männer, Frauen und Kinder starben im tschechischen Kugelhagel. Betroffen waren die Orte Kaaden, Aussig, Eger, Karlsbad, Mies, Arnau und Sternberg. Die Opfer von damals verdienen es, dass man ihrer durch Teilnahme an den Märzfeiern gedenkt. (Peter Wassertheurer)

Das Wort des Vorsitzenden*Liebe Kameradinnen und Kameraden!*

Felix Vogt Gruber

In der Ukraine tobt ein Krieg, obwohl die Wunden des letzten noch nicht verheilt sind. Gerade deswegen haben wir versucht, unsere Anliegen durch zwei Schreiben auf der Tagesordnung zu halten. Einmal durch einen Brief an den Schirmherrn der Sudetendeutschen, Dr. Markus Söder, zum anderen an den neuen Vorsitzenden des UN-Menschenrechtskommission, den Tschechen Bálek. Beide Schreiben sind unten abgedruckt.

Bald gedenken wir wieder der Opfer des 4. März 1919. Wegen der „weltweiten“ Neuausrichtung der SL kann man nicht sicher sein, ob dieser Gedenktag überall die angemessene Beachtung findet. Ich bitte Euch daher, liebe Kameradinnen und Kameraden, Euch in Euren landsmannschaftlichen Pflichten nicht beirren zu lassen!

Mit den besten kameradschaftlichen Grüßen verbleibe ich Euer *Felix Vogt Gruber*

Schreiben des WB an den Schirmherrn:

Herrn Ministerpräsidenten Markus S ö d e r
Franz-Josef-Strauß-Ring 1, **80539 München**

Gundelfingen, Dezember 2022

Betr.: Ihre Schirmherrschaft über den „Vierten Stamm“

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Ich wende mich an Sie als den Schirmherrn der sudetendeutschen Volksgruppe.

Diese Gruppe war infolge der Totalaustreibung ein heterogenes Gebilde, das aber durch den gemeinsamen Kampf um die vorenthaltenen Menschenrechte (Leben, Heimat, Eigentum) zusammengehalten wurde. Dieses Band lockerte sich erst 2015, als die Sudetendeutsche Landsmannschaft (SL) begann, mit einer Satzungsänderung das Ende dieses Kampfes einzuläuten.

Da die SL jede demokratische Diskussion darüber unterband, kam es 2017 zu einer Abspaltung des Landesverband Sachsen von der SL. Schon ein Jahr vorher hat die SL den opponierenden Witikobund von der Teilnahme am Sudetendeutschen Tag (ST), sprich vom Vereinsleben, ausgeschlossen. Kürzlich bildete sich auch noch ein „Sudetendeutscher Landesverband Bayern e.V.“, um die menschenrechtliche Leerstelle in der Volksgruppe auszufüllen.

Dass es eine solche Leerstelle gibt, ist unverkennbar. So interpretierte MP Seehofer schon am 18.3. 2015 in Prag die soeben beschlossene SL-Satzungsänderung als **Restitutionsverzicht**. Drei Jahre später (also bald nach der Verabschiedung der nunmehr gültigen SL-Satzung) freute sich der tschechische Präsidentenberater Dr. jur. Rudolf Jindrak (jetzt Botschafter in Wien), es sei **„einer der größten Erfolge der tschechischen Außenpolitik, dass die Beziehungen mit Bayern normalisiert werden konnten“**. Und er fuhr fort: **„Damit das gelingen konnte, mussten wir aber nicht viele Zugeständnisse machen. Wir mussten den Sudetendeutschen weder ihr früheres Eigentum noch die Staatsbürgerschaft zurückgeben. Wir haben nichts gemacht, was der tschechischen Rechtsordnung widersprochen hätte. Da haben wir wirklich einen großen Fortschritt erlangt“** (vgl. Radio Prag, 22.3.2018).

Leider gab es dazu weder ein deutsches noch ein sudetendeutsches Dementi. Nach altem Brauch gilt daher: Wer schweigt, stimmt zu (Qui tacet, consentire videtur). Wie richtig das war, zeigte kürzlich auch das an die Mitglieder des neuen „Sudetendeutschen Landesverbandes Bayern“ gerichtete Anwaltsschreiben (Hermann & Mey, 2.11.2022), worin die SL ungeniert mitteilen lässt, dass sich der neue Verein **„radikal von den politischen Zielen der SL abgegrenzt** hätte. Da sich dieser aber die konsequente Wahrung der Menschenrechte auf die Fahnen geschrieben hat, muss man es als bedenkliche Absage an diese und als Zustimmung zu o.g. Proklamationen werten.

Man kann einwenden, dass die Gerichte sämtliche Klagen gegen die Satzungsänderung abgewiesen haben, weil angeblich keine grundsätzliche Zweckänderung vorlag. Damit muss man leben, denn die Gerichte hatten nur den Wortlaut der Satzung zu prüfen und nicht dessen praktische Umsetzung. Frustrierend war aber, dass auch bei der „einfachen“ Satzungsänderung Formfehler im Beschlussverfahren kurzer Hand beiseite gewischt wurden, so als käme es auf das Beschlussorgan der SL ohnehin nicht an. Insider würden dem sogar zustimmen, denn sie betrachten die SL-Bundesversammlung schon längst als Phantomparlament, weil nach längst überholtem Wahlmodus zustande gekommen. So tummeln sich in ihm Abgeordnete, deren Landesverbänden de facto nicht mehr existieren oder sich vereinsrechtlich sogar schon längst aufgelöst haben usw. usw. Für uns stellt sich nun die Frage, wie Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, es mit Ihrer Schirmherrschaft halten. Die SL als Verkörperung der ganzen Volksgruppe war ohnehin nur eine aus allgemeinem Wohlwollen gespeiste Fiktion. Inzwischen zerfiel sie, wie oben zu schildern war. Besonders gravierend ist dabei, dass sich die Geister an der Menschenrechtsfrage scheiden. Da es aber Aufgabe des Staates ist, die Menschenrechte zu schützen, sollte es Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, nicht schwer fallen, eine klare Position einzunehmen.

Hierfür bieten sich zwei Möglichkeiten an: Erste Möglichkeit:

Sie erweitern Ihre Schirmherrschaft auf weitere sudetendeutsche Gruppierungen oder, zweite Möglichkeit:

Die SL beendet die Ausgrenzung anderer Sudetendeutscher Vereine und zeigt damit, dass die Erwähnung der Menschenrechte in ihrer Satzung kein Lippenbekenntnis ist.

Wir bevorzugen die zweite Möglichkeit, denn auf diese Weise würden wir auch wieder in das uns sowieso nach § 1 der SL-Satzung zustehende Recht eingesetzt. Dieser Paragraph hat nämlich die Aufgabe, alle SL-Mitglieder vor **„konfessioneller, weltanschaulicher und parteipolitischer“** Diskriminierung zu schützen! Sie hätte auch den Vorteil, dass die Hilfsgelder für den ST nicht nur der SL zugutekommen, sondern, wie es bei staatlichen Zuwendungen nötig ist, allen einschlägigen anderen Gruppen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, als Schirmherr über unsere Volksgruppe dürfte Ihnen unser Anliegen nicht gleichgültig sein. Es geht um nichts weniger als um die Wahrung der Menschenrechte, an denen niemand manipulieren und auf die man noch nicht einmal selbst verzichten darf. Mit zuversichtlichen Grüßen V.G.

Brief an Václav Bálek,

Am 1. Januar 2023 übernahm der Tscheche Václav Bálek den Vorsitz des UN-Menschenrechtsrates. Dazu gratulierte der neue Sudetendeutsche Landesverband Bayern, e.V.

Hier einige Kernsätze aus diesem Schreiben:

(Anrede ... Wir hoffen), dass Sie diese Gelegenheit wahrnehmen und darauf drängen, dass Ihr Land die durch die Benes-Vertreibungsdekrete und das nachfolgenden Straffreistellungsgesetz verletzten Menschenrechte der Volksgruppe der Sudetendeutschen, wieder herstellt. Wir sind der „zweiten Stamm“ der Böhmisches Länder, der zu Unrecht aus der Heimat vertrieben wurde und warten darauf, durch die Rücknahme dieser Dekrete und Gesetze, wieder ins Recht gesetzt zu werden. Der frühere EP-Abgeordnete Bernd Posselt, bezeichnete diese zu Recht als „Computervirus im Netzwerk der EU“ und der damalige CSU-Generalsekretär, Dr. Markus Söder, als Schande für den Nachbarn. Der Völkerrechtler Prof. Alfred de Zayas bezeichnet die damit verbundene Vertreibung der Sudetendeutschen sogar als Völkermord. Wir freuen uns, dass sich die Tschechische Republik nun zum Schutzherrn der Menschenrechte in aller Welt erklärt hat und Sie, Herr Präsident Bálek, Menschenrechtsverletzungen durch Dialog und Zusammenarbeit verhindern wollen.

Wir sind sowohl zur Zusammenarbeit als auch zum Dialog bereit, was die Menschenrechtsverletzungen der Tschechischen Republik an den Sudetendeutschen angeht. Wir gehen davon aus, dass Sie über den Sachverhalt hinlänglich informiert sind, falls nicht, wäre Karel von Schwarzenberg, ČZ-Außenminister a.D. (der die Meinung vertrat, heute wäre die Vertreibung ein Fall für den Gerichtshof in Den Haag) sicher ein guter Sachverständiger. In diesem Sinne wünschen wir Ihnen ... *Johann Slezak (Stellv. Vors.)*

Zum Satzungsstreit:

Es geht um Menschenwürde!

Am 4. März 2021 hatte das Vereinsgericht München die umstrittene SL-Satzung anerkannt. Ein rechtskundiger Landsmann beantragte daraufhin die Löschung des Eintrags. Insgesamt 37 Landsleute schlossen sich ihm an. Die Sache wurde vom Oberlandesgericht München (OLG) am 9. November 2022 leider ablehnend beschieden.

Die Beschwerde „der 38“ fußte auf sachlichen und formalen Gründen.

In der **Sache** wurde vorgebracht, dass die Satzung politisch entkernt wurde. Bei den Menschenrechten wurde der Bezug auf die Sudetendeutschen aufgegeben und durch Allgemeinphrasen ersetzt, von denen sich niemand angesprochen fühle.

Bei den **Formalien** wurde die Nichteinhaltung der vorgeschriebenen Verfahrensregeln gerügt. Sämtliche Einwände wurden vom OLG als angeblich belanglos weggewischt.

Oberflächliches Urteil

Die Folgen sind erheblich. Da das OLG auf „einfache“ Satzungsänderung erkannt hatte, genügten Dreiviertel der Mitglieder, um sie durchzusetzen. Die restlichen 25 Prozent sollten sich mit den bei der Umformulierung eingetretenen angeblich geringen Akzentverschiebungen abfinden. Das Gericht vernachlässigte dabei aber den Aspekt der **Menschenwürde**, bei der Kompromisse nicht vorstellbar sind (Art.1 GG.). Darauf vertrauend verteidigten die Kläger ihre „unverletzlichen und unveräußerlichen“ menschenrechtlichen Ansprüche gegen die Tschechen (GG, Art. 1,2). Die neue Satzung verschleierte diese aber, was als Herabstufung oder gar als Leugnung, in jedem Falle als Verstoß gegen die Menschenwürde zu werten ist. Die Beschwerdeführer weigern sich daher zu Recht, diese Schmälerung hinzunehmen. Das OLG hat diese Zusammenhänge nicht berücksichtigt.



Horst Seehofer

Sand in die Augen streuen

Während man den Sudetendeutschen einreden will, das neue Vereinsziel „weltweiter“ Durchsetzung der Menschenrechte schließe auch ihr Anliegen ein, verrät die Praxis, wie die „Umformulierung“ wirklich zu verstehen ist.



Dr.Jindrak

Schon am 18.3.2015 interpretierte MP Seehofer die Satzungsänderung als „**Restitutionsverzicht**“ und verband damit ein Lob für die SL. Das geschah in Prag und weckte dort eindeutige Hoffnungen.

Drei Jahre später stand der Restitutionsverzicht für den tschechischen Präsidentenberater Dr. jur. Rudolf Jindrak (jetzt Botschafter in Wien) schon fest: Es sei „**einer der größten Erfolge der tschechischen Außenpolitik, dass die Beziehungen mit Bayern normalisiert werden konnten**“ und „**damit das Gelingen konnte, mussten wir aber nicht viele Zugeständnisse machen. Wir mussten den Sudetendeutschen weder ihr früheres Eigentum noch die Staatsbürgerschaft zurückgeben. Wir haben nichts gemacht, was der tsche-**

chischen Rechtsordnung widersprochen hätte. Da haben wir wirklich einen großen Fortschritt erlangt“ (Radio Prag, 22.3.2018).

Spätestens hier zeigt sich, dass der „weltweite“ Kampf der SL für die Menschenrechte auf Kosten der Nahbereiche geht, denn er erreichte nicht einmal das Münchener Anwaltsbüro Hermann & Mey. Über dieses ließ die SL den Mitgliedern des neuen „Sudetendeutschen Landesverbandes Bayern“, am 2.11. 2022 mitteilen, dass sich ihr neuer Verein „**radikal von den politischen Zielen der SL abgegrenzt**“ hätte. Da sich dieser aber ausdrücklich der Rechte der Sudetendeutschen annimmt, ist alles gesagt.

Folgerungen

Bei diesem Deal zwischen Tschechen, Bayern und SL-Leitung fällt letzterer allerdings die knifflige Aufgabe zu, ihre Mitglieder von der neuen Linie zu überzeugen. Dafür wird oft eine Stimmung erzeugt, als wäre die Inanspruchnahme verbriefter Rechte etwas Unanständiges, das sogar mit Vereinsausschluss geahndet werden müsse! Dabei hatten Jindrak und Seehofer gerade bestätigt, dass diese bestehen, denn man kann nur auf etwas verzichten, was man hat. Ins Feld geführt werden auch der Europagedanke und der Wandel des Zeitgeistes. Das aber ist Romantik, die nicht einmal in der Wendezeit berechtigt war. Restitutionsverzicht gegenüber den Tschechen wäre ein weiteres Sonderopfer. Und derer brachten die Vertriebenen weiß Gott schon genug. Die aus SL-Sicht ideale Formel brachte der SL-Vorsitzender aber zu Weihnachten 2022 unter die Leute: Die Sudetenfrage sei kein **juristisches**, sondern ein **moralisches** Problem (Sud.Z. 23.12.22, S.1).

Ein hübsches Aperçu zur Alternative „Gesetz/Moral“: *Ein kluger Mann hat einmal gesagt, dass der moralische Zustand eines Staates an der Zahl seiner Gesetze abzulesen ist. Je mehr Gesetze, umso verruchter. Daraus lässt sich aber nicht schließen, dass man nur die Zahl der Gesetze reduzieren müsse, um die Staatsmoral zu heben. Soll das hier suggeriert werden?*

Für die Tschechen ist das ein Signal der Entwarnung. Bei den eigenen Leuten hofft man aber, dass sich nur wenige den schwierigen Zusammenhang zwischen Moral und Gesetz klarmachen. Daher zur Erinnerung: Gesetze lassen sich einklagen, Moral nicht. Gesetze sind darüber hinaus die Korsettstangen der Moral, auf die wir, alleine schon wegen unserer 100-jährigen Erfahrungen, nicht verzichten dürfen.

Verständnislose SL-Presse

Vor diesem Hintergrund ist es nur noch traurig, wie undistanziert die SL-Vereinszeitung vom OLG-Urteil berichtet (25.11.2022). Mit herabsetzendem Vokabular wird triumphierend verkündet, dass die „Spalter“ mit ihren „juristischen Winkelzügen krachend gescheitert“ seien. Diese Sprache drückt ein erschreckendes Unverständnis und eine unbarmherzige Gefühllosigkeit für das ungeheure, unserer Volksgruppe zugefügte Leid aus.

Wie lange noch?

Von höchster Stelle wurde den Vertriebenen im Jahre 2004 versprochen, dass die Aufnahme der Tschechen in die EU die Durchsetzung ihrer Rechte erleichtern würde. Herausgekommen ist aber (lt. Dr. Jindrak) „einer der größten Erfolge der tschechischen Außenpolitik“. Wie zum Hohn trat zum 1.1.2023 mit Herrn Václav Bálek auch noch ein Tscheche an die Spitze der UN-Kommission für Menschenrechte, der in dieser Funktion nur zu ertragen ist, wenn man sehr viele Dinge ausblendet, vor allem die ungesühnten und unverjährbaren Menschenrechtsverletzungen an den Sudetendeutschen (seit 1919)! Von der SL hörte man dazu leider nichts, trotz Alleinvertretungsanspruchs.

Die Stimme der Sudetendeutschen erklang dennoch, als der neugegründete „Sudetendeutsche Landesverband Bayern e.V.“ (SLB) Herrn Bálek mit einem halb kritischen, halb ironischen Schreiben an seine eigentlichen Pflichten erinnerte (Text sh. oben!). Danke, SLB! (F.V.)

„Würde“ sollte kein Konjunktiv sein! (FAZ, 3.2.23)

***Wenn ein Buch und ein Kopf zusammenstoßen und es klingt hohl,
muss es dann immer das Buch sein?***

(Georg Christoph Lichtenberg, 1742-99)

Ukraine und Münchner Abkommen (MA):

Klartext zum „MA“

Seit Beginn des Ukrainekriegs wird immer wieder vor einer „Neuaufgabe“ des Münchner Abkommens (MA) gewarnt. Sudetendeutsche hören das meist mit gemischten Gefühlen.

Vorsicht, Manipulation!

Zunächst stoßen sie sich an der falschen Zuordnung, denn die Abtretung des Sudetenlandes fand nicht erst am 30.9. bei der Münchner Viererkonferenz statt, sondern schon neun Tage früher mit der „**Pager Abtretung**“ am 21. September 1938. Daran beteiligt waren nur Frankreich, England und die ČSR. Grundlage dafür war der Revisionsartikel 19 des Vertrages von St. Germain. Deutschland hatte damit nichts zu tun, denn es war ja auch nicht an St. Germain beteiligt. In München wurden nur die Modalitäten der Übergabe geregelt, was auch unmissverständlich den ersten Sätzen des MA zu entnehmen ist.

Dennoch wird unverdrossen „München“ vorgeschoben, denn bei der Prager Abtretung ohne Deutschland könnte man ja auf den Gedanken kommen, dass sie gerecht war.

Mitbetroffen sind daher die Sudetendeutschen, die bei „München“ unerschuldig als Nutznießer einer sinisternen und amoralischen Machenschaft erscheinen. Daher gebietet es die Fairness, immer wieder zu betonen, dass den Sudetendeutschen trotz dieser Abstempelung Gerechtigkeit widerfahren sei. Das hat sogar Churchill zugeben.

Die Wurzel des Übels

Die Fixierung auf das MA erfüllt noch einen weiteren Zweck: Sie lenkt von der Wurzel allen Übels, von den völlig verpfuschten Pariser Vorortverträgen, ab. Deren verheerende Rolle steht aber fest, wofür nicht nur die vorzeitige Abreise der US-Delegation spricht. Dennoch hatte Europa 1938 mit der Prager Abtretung noch eine Chance, und es ist **schade, dass es keine weiteren Abtretungen gab**, denn die Revisionsklauseln (auch im Versailler Vertrag!) waren da und konfliktrichtige „Baustellen“ sowieso. Man denke nur an die Slowaken, die Oberschlesien, den Korridor, Danzig, Südtirol usw. Aber schon beim Sudetenland musste England zurückstecken und auf eine freie Volksabstimmung verzichten. Benesch und Daladier legten sich quer, weil sie die Slowaken bzw. Elsässer fürchteten, die dann Gleichbehandlung verlangt hätten.

85 Jahre später

Die Warnung vor einem „neuen München“ ist seit Beginn des Ukrainekrieges eine beliebte Argumentationsfigur. Neu ist, dass sie jetzt auch die Kriegsmoral stärken soll, weil „in der Ukraine die Werte Europas“ verteidigt würden. Das wundert allerdings etwas, wenn man an die Aufnahme von Vertreiberstaaten in die „Wertegemeinschaft“ EU oder an die „Korruption auf höchster Ebene“ in der Ukraine denkt (Urteil des Europ. Rechnungshofes, PAZ, 4.11.2022).



Atompilz 1953, Nevada

Schlimm wäre auch, wenn die Fixierung auf das MA den Blick auf die militärstrategische Gegenwart verstellte. Seit 1945 gibt es Nuklearwaffen, weshalb keine Atommacht mehr zur Kapitulation gezwungen werden kann. Daher war es unverantwortlich, Russland im Stile des vorigen Jahrhunderts wirtschaftlich und militärisch einzukreisen

und die Ukraine demnächst sogar mit schwerstem Kriegsgerät auszustatten. Der deutsche Bundeskanzler hat damit lange gezögert. Nachdem sein „scholzen“ offenbar erfolglos war, hätte er zurücktreten müssen. Deutschland muss man nur wünschen, dass es ohne ein zweites Hiroshima davonkommt.

(F.V.)



Die „großen Vier“ von München

Zwangsarbeit – wieder mit ungleichem Maß gemessen

Während des Krieges wurden rd. 600.000 Tschechen zeitweilig dienstverpflichtet. Durch Rotation waren es aber niemals mehr als 280.000 gleichzeitig, viele davon allerdings auch „im Reich“. Diese waren aber keine Zwangsarbeiter, denn sie konnten sich frei bewegen und wurden normal entlohnt. Mit der Deutsch-tschechischen Erklärung des Jahres 1997 wurde diesem Personenkreis pauschal eine Entschädigung von DM 4.000 zugesprochen. Selbst unter den Betroffenen galt das als sehr großzügig. Herr J.Z. schrieb dazu in einem Leserbrief an „Metro“ (11.10.1999): „*Ich war von 1943 bis 1945 in Deutschland „totaleingesetzt“ Wir konnten uns frei bewegen, besuchten Theater und Kinos. Ich hatte eine deutsche Freundin, in deren Familie ich freundlich aufgenommen wurde ... Machen wir aus uns keine Häftlinge und Gefangenen! Hören wir auf zu lügen!*“



Abreise zum Totaleinsatz im „Reich“

Es dauerte fast 20 Jahre ehe sich 2015 die deutsche Regierung dazu durchrang, auch den Sudetendeutschen, die nach dem Kriege unter Freiheitsentzug und hungernd wirkliche Zwangsarbeit leisteten, entgegenzukommen. Ihre Entschädigung betrug pauschal 2.500 €. Zur Schätzung der Internierten dienten Beleglisten von 383 Lagern mit 154.00 registrierten deutschen Insassen am Stichtag 29. Oktober 1945. Mit Zu- und Abgängen vorher und nachher kam man auf bis zu 230.000 Personen. Nach der Sterbewahrscheinlichkeit rechnete die Statistik für 2015 noch mit 2000 Anträgen. Eingegangen sind aber nur 1087, was mit Sicherheit an der stark verminderten Lebenserwartung ehemaliger ČZ- Häftlinge liegt. Von den eingegangenen Anträgen wurden rd. 85 Prozent (= 923) positiv beschieden, so dass aufs Ganze gerechnet nur noch knapp ein halbes Prozent der einst Inhaftierten die Entschädigung entgegennehmen konnte.

Dieser Prozentsatz hätte wesentlich höher liegen können, wenn, wie geplant, die Aktion für Sudetendeutsche schon 2003 angelaufen wäre, doch der deutsche Außenminister und Vizekanzler Joschka Fischer (Die Grünen) stellte sich dem entgegen.

(Quelle: R.Palaczek, Internierung und Zwangsarbeit der Sudetendeutschen 1945/46, München, 2020)

*Ein Mensch sieht schon seit Jahren klar,
die Lage ist ganz unhaltbar.
Allein - am längsten, leider, hält
das Unhaltbare auf der Welt.
(Eugen Roth)*

*Wäre nicht der Neid der Götter
Menschen könnten glücklich werden.
Wäre nicht der Hass der Menschen
O, es wäre schön auf Erden!
(F.W.Weber, Dreizehnlinden)*

Philosophie in Böhmen vor 200 Jahren

Johann Gottfried Herder (1744-1803) war es, der das Eigenrecht und den Eigenwert jedes Volkes, auch der kleineren, betonte und damit den nationalen Gedanken bei den Tschechen weckte. Einen vergleichbaren Anstoß gab es für die tschechische Philosophie, weshalb auch T.G. Masaryk in seinem Buch „Die tschechische Frage“ schrieb: „*Die deutsche Philosophie musste die philosophische Grundlage für unsere antideutschen nationalen Bemühungen liefern.*“

Dieser Transfer gestaltete sich allerdings etwas schwierig, denn die Vertreter der deutschen Philosophie in Böhmen standen der Aufklärung nahe. Deren Gedankengut wurde aber von der Obrigkeit für die Französischen Revolution und für die von Napoleon hervorgerufenen Schrecken verantwortlich gemacht, so dass die Uhr zurückgedreht werden müsse. So kam es zum Wiener Kongress (1815) und zu den Karlsbader Beschlüssen (1819).

Diese restaurative Politik brachte auch den Mathematiker und Priester

Bernard **Bolzano** (1791-1848) in Bedrängnis. Er galt zu dieser Zeit als der führende Kopf der deutschen Philosophie in Böhmen und lehnte als „Josefinist“ (in der Nachfolge Kaiser Josefs II., reg. 1780-1790) jeden Obscurantismus ab und forderte den Gebrauch des eigenen Verstandes. Das erinnert an Kant, dessen Studium Bolzano so ernst nahm, dass er sich dafür täglich zwei Stunden Zeit nahm! (Anm.: Obscurantismus=Menschen vom selbständigen Denken abhalten)

Als katholischem Priester ging es Bolzano um eine wissenschaftlich untermauerte Theologie, bei der beispielsweise die Existenz Gottes nicht nur aus der Offenbarung folgte, sondern auch logisch bewiesen wurde. Hinzu kam, dass Bolzano nicht nur nach der einen „Wahrheit“, sondern nach **Wahrheiten** suchte. Anstößig war auch seine Ablehnung des Ultramontanismus.

All das war – wie schon angedeutet - nicht ganz nach dem Geschmack des Kaiserhofes in Wien. Dort hatte sich ein Kreis mit dem Namen „Priester des Kaisers“ gebildet, dem Kaiser Franz I. (1768-1835) zwar nicht sklavisch folgte, bisweilen aber doch Gehör schenkte. So kam es, dass Bernard Bolzano 1821 seine Professur an der Prager Universität verlor und mit einem Publikationsverbot belegt wurde. Gleichwohl erschienen ab 1831 einige seiner Werke anonym, teilweise auch auf Veranlassung seiner Schüler.

Die philosophische „Bluttransfusion“ an die Tschechen vollzog sich über einige Schüler Bolzanos. Als bedeutendster unter ihnen gilt Vinzenz Zahradnik (1790-1836), der auch als erster eine philosophische Abhandlung in tschechischer Sprache vorlegte und so den Tschechen die Teilnahme am philosophischen Diskurs erleichterte. Noch wichtiger war der Zeitungsmann Karel Havliček (1821-1856), der das Priesterseminar abgebrochen hatte, aber der katholischen Aufklärung treu blieb. Ihm gefiel Bolzanos Wertschätzung des „gesunden Menschenverstandes“, worin er etwas Kongeniales zum „einheimischen nationalen Denken“ sah sowie einen geeigneten Ausdruck des tschechischen Nationalliberalismus.

Bolzanos Ziele gingen aber darüber hinaus. Er verstand die Philosophie als Wissenschaft, die die Menschen „weiser und besser“ machen kann. Das ist ein hoher Anspruch, dem nur wenige gerecht werden können (oder wollen). (F.V.)



B. Bolzano (1791-1848)

Lit.: Bolzano, Bernard, Was ist Philosophie? (1849), Macha, Karel, Glaube und Vernunft, Teil II (1987), Winter, Eduard, Tausend Jahre Geisteskampf im Sudetenraum (1938)

***Der neue Faschismus wird nicht sagen: Ich bin der Faschismus.
Er wird sagen: Ich bin der Antifaschismus.*** (Ignazio Silone, 1900-1978)

Die Welt verstehen

1. Der Europäische Rechnungshof stellte 2021 fest, die EU-Hilfen für die Ukraine seien unwirksam gewesen. Grund: „Korruption auf höchster Ebene“ bzw. „Großkorruption und Vereinnahmung des Staates im Sinne privater Interessen“ (PAZ, 4.11.2022, S.24).
2. Im Herbst pflanzte man mit einer etwas bizarren Begründung in Heinzendorf, dem Geburtsort Gregor Mendels, 200 Birnbäume: Mendel sei nicht nur dort geboren worden, sondern hätte sich einst von dort auch ein Pfropfreis eines bestimmten Birnbaumes schicken lassen (Radio Prag, 5.11.22).
3. Die Auslandsdeutschen gelten bekanntlich als germanissimi Germani (deutscheste Deutsche). So wundert es auch nicht, dass das weltweit erste Schillerdenkmal 1813 auf der Insel Pucht vor der estländischen Küste am Großen Sund errichtet wurde (Festschr. Schlau, S. 5).
4. Die im Oktober 2022 aus dem Kelten-Römer-Museum zu Manching geraubten 483 Goldmünzen wurden alle im 1./2. nachchristlichen Jahrhundert in Böhmen geprägt, was für enge Handelsbeziehungen zu den damals dort lebenden Markomannen und Quaden spricht (Spiegel, 26.11.2022, S.108).
5. Die Bank of England hatte 1939 nach der Protektoratserrichtung keine Bedenken, das bei ihr lagernde Gold der Tschechoslowakei zu verkaufen und den Erlös von 5,6 Mio. Pfund (heute fast 1 Mrd. €) auf ein Konto der Deutschen Reichsbank zu überweisen (Thorsten Schulte, Fremdbestimmt, S. 18).
6. Die Regierung Thüringens ernannte 2021 acht neue Staatssekretäre. Lt. Landesrechnungshof erfüllt nur einer davon die beamtenrechtlichen Voraussetzungen für das begehrte Amt (PAZ, 2.12.22, S. 24).
7. Vor 50 Jahren starb in Lohr am Main der sudetendeutsche Verleger Johannes Stauda, der u.a. zusammen mit Josef Mühlberger Ende der 1920er Jahre die Zeitschrift „Witiko“ herausgab, die sich mit „Kunst und Dichtung“ des Sudetenlandes befasste (Sudetenland, 3-4, 2022, S.135).
8. In Österreich sind rund 30 Straßen nach Ferdinand Porsche benannt, mehrere davon, so auch der Porscheweg in Linz, werden jetzt, da „historisch belastet“, umbenannt (SLÖ, 22.12.22).
9. Der Euro verlor seit seiner Einführung 40-50 Prozent seiner Kaufkraft und sank auch gegenüber der tschechischen Krone. Im Jahre 2020 bekam man für 1 € noch 26 Kronen, jetzt nur noch 24 (Google).
10. Für Bundeskanzler Helmut Kohl begann der Sozialismus bei einer Staatsquote von über 50 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Deutschland liegt jetzt bei 51,6 Prozent (PAZ, 14.10.22, S. 20).
11. Im Sudetenland wurden im Jahre 1936 nur 16,1 % der Staatsaufträge an deutsche Firmen vergeben, obwohl dort 84,5 % der Einwohner deutsch waren (Sudetenpost, 9.12.2022, S. 13).
12. 1965 tauschten EKD und polnischer Episkopat ihre „Ostdenkschriften“ aus. Die polnische Seite nahm aber in einem Hirtenbrief vom 6.März 1966 eine „Nachbesserung“ vor und bezeichnete die Annexion der deutschen Ostgebiete als Rückgewinnung „unserer Piastenheimat“ (JF, 14.10.22).
13. Klaus von Dohanyi (SPD) betont, dass der Energiemangel in Deutschland nicht auf einen Lieferstopp Russlands, sondern auf einen Abnahmestopp Deutschlands zurückgeht (PAZ, 30.9.22, S.24).
14. Bei Google sind 10.000 (!) Mitarbeiter alleine mit der Zensur des Internets beschäftigt. Im 2. Quartal 2019 haben sie wegen „Hassrede“ 100.000 Videos, 17.000 YouTube-Kanäle und 500 Mio. Kommentare gelöscht. Aus „anderen“ Gründen (Porno?) wurden 8,9 Mio Videos entfernt (JF, 13.9.19).
15. Nachforschungen ergaben, dass 1966/67 ein Teil der Attentate in Südtirol vom italienischen Geheimdienst verübt und dem südtiroler Widerstand in die Schuhe geschoben wurde (SPÖ, 9.1.2023).
16. Der muslimische Sklavismus wird notorisch unterschätzt. Er dauerte 650 Jahre und kostete 15-20 Mio. Afrikanern die Freiheit. Dazu kam noch die Kastration zahlloser Männer (JF. 30.12.2022).
17. Die „Aktivisten“ der „Letzten Generation“ (Klima-Kleber) sind teilweise in Vollzeit bei dem Verein „Wandelbündnis“ angestellt, der sich teils durch Großspenden von Aileen Getty, der Enkelin des Öl-Unternehmers Jean Paul Getty, finanziert (PAZ, 6.1.2023, S.24).
19. Kanada zahlt fast 3 Mrd. Dollar an indigene Völker für die ihnen zugefügten kollektiven Schäden.
20. Bei der Emissionsabgabe verschont die EU Privatyachten unter 5000 BRT sowie Privatflugzeuge. Das ist nach der Steuerfreiheit für Flugbenzin ein weiteres Privileg für Betuchte (PAZ, 3.2.2023).
21. Korrektur (zu Nov.22): In China wurde von **2011** (nicht 2022!) bis 2013 so viel Zement verbraucht wie in den USA im ganzen 20. Jahrhundert (Holzbauweise!). In China stehen aber 65 Mio. Wohnungen leer, weil nur als Geldanlage gedacht. Der Bauboom endet aber schon (Spiegel, 22.10.22).

Gerd Schultze-Rhonhof

Lektüre für die Sudeten-Enkel

Zuerst sterben die Zeitzeugen. Mit ihnen sterben die Erinnerungen. Und nach ihnen blühen die Legenden. Als ich wegen des Verkaufserfolgs des Olzog-Verlags mit meinem Buch „Der Krieg, der viele Väter hatte“ vom Verleger gebeten wurde, ihm auch ein Buch über das Schicksal der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei von 1918 bis 1939 zu schreiben, lebte ich bereits in den Legenden. Nicht anders wird es heute der Enkel-Generation der Sudetendeutschen gehen. Meine Schulbücher und die Medien hatten mir ja nichts Anderes vermittelt. Ich nahm den Auftrag an, obwohl ich keine sudetendeutschen Wurzeln habe. Mein Buch davor hatte ich ja auch über eine Zeit geschrieben, deren Ende ich nur als kleiner Junge erlebt hatte. Also, mit Fleiß und viel Wühlarbeit in deutschen und ausländischen Archiven und Bibliotheken würde ich das schon schaffen.



Generalmajor a.D.
Schultze-Rhonhof

Zu meiner Enttäuschung musste ich bald feststellen, dass mir mein „Legendenwissen“ nicht viel weiterhalf. Ich merkte schnell, dass ich oft tief bohren und zeitaufwendig prüfen musste, wenn ich über Fakten schreiben wollte, die ich für längst erforscht und allgemein bekannt hielt. Ein drastisches Beispiel ist da das Münchener Abkommen von 1939, mit dem die Abtrennung der Sudetenlande von der Tschechoslowakei und ihrer Angliederung an Deutschland beschlossen und durchgesetzt worden sein soll. Das kann sich in der Version jedermann gut merken und jeder Gymnasiast und jede Gymnasiastin lernt es in der Schule. Nur stimmt es nicht.

Tatsächlich haben England und Frankreich neun Tage vor der Konferenz von München nach gründlichen Recherchen vor Ort die tschechoslowakische Regierung massiv genötigt, die mehrheitlich deutsch bewohnten Sudetenlande an Deutschland abzutreten. Briten und Franzosen hatten den Tschechen nach deren anfänglicher Weigerung bedeutet, dass beide die Tschechoslowakei, wenn es deswegen zu einem Krieg mit Deutschland kommen sollte, nicht unterstützen würden, und dass die Tschechoslowakei nach dem Kriege nicht mehr die alte wäre.

Gleichzeitig hatten die polnische und die ungarische Regierung angekündigt, die polnischen und ungarischen Bevölkerungsanteile „aus der Gewalt der Tschechen zu befreien“. Daraufhin hat die tschechoslowakische Regierung mit der „**Prager Abtretung**“ vom 21. September die Sudetenlande an Deutschland abgetreten. In München wurden – eine Woche später - ab dem 29. September nur noch die Modalitäten der Übergabe geregelt. Wer es nicht glauben will, lese den Text der acht Punkte des Münchener Abkommens in den Akten des Londoner Foreign Office. Dort steht schon in der Präambel: „... unter Berücksichtigung des **Abkommens**, das hinsichtlich der Abtretung des sudetendeutschen Gebiets bereits grundsätzlich erzielt wurde...“ Auch Punkt 2 weist aus, dass die Abtretung ein Ergebnis der Siegermächte von 1919 war, die mit ihrem Druck auf Prag nur einen ihrer Fehler von Versailles und Saint Germain korrigieren wollten. In Punkt 2 heißt es: „Das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien vereinbaren, dass die Räumung des Gebiets bis zum 10. Oktober vollzogen wird.“

Auch hier ist Deutschland nicht erwähnt!

Was die sudetendeutschen Enkel sicher auch nicht wissen, ist, dass es nicht die Deutschen waren, die die Tschechoslowakei 1938 in den Kollaps trieben. Die Tschechoslowakei bestand bei Ihrer Gründung zu 49 % aus Tschechen. Die Anderen waren Slowaken, Deutsche, Ungarn, Polen und Ukrainer, die ohne Ausnahme ab Mitte der 30er Jahre den Staat der Tschechen unbedingt verlassen wollten. Die guten Gründe, die alle diese Minderheiten dazu hatten, waren mir mit meinem „Legendenwissen“ ursprünglich nicht bekannt. Ich habe sie im Buch „Das tschechisch-deutsche Drama“ im Einzelnen beschrieben. Die Geschichte der ersten

Tschechoslowakei ist in der Tat ein politischer Kriminalroman.

Der große Fehler, der die Tschechoslowakei 1938 und 1939 zerlegt hat, war derselbe, der kurz darauf, 1939, mit dem Untergang des Vorkriegspolen endete und der 2014 erst zum innerukrainischen Bürgerkrieg und 2022 zum Einmarsch der Russen in die Ostukraine führte. Es war und ist der Umgang der Titulnationen, der Tschechen, Polen und Ukrainer mit ihren nationalen Minderheiten.

Polen bestand ab 1921 mit genau einem Drittel seiner Staatsbürger aus Ukrainern, Weißrussen, Juden, Deutschen und Litauern. Es hatte sich damit imperialistisch übernommen und anschließend versucht, die Fremden mit Gewalt sprachlich zu polonisieren und konfessionell römisch zu katholisieren. Ohne hier weitere Einzelheiten auszuführen, sei nur aus der Zeitung THE MANCHESTER GUARDIAN vom 14. Dezember 1931 zitiert: „Die Ukraine ist unter polnischer Herrschaft zur Hölle geworden.“

Der Angriff Deutschlands und der Sowjetunion hat dem 1939 ein Ende gesetzt.

Auch die Ukraine besteht zu 20 % aus Russen, zu 30 % sogar aus muttersprachlich Russisch Sprechenden. Auch hier haben der Versuch, diese große Minderheit zu ukrainisieren und die Verbote des Russischen als Schul- und zweite Amtssprache erst zur Abspaltung der russischsprachigen Oblaste Krim, Lugansk und Donezk geführt, dann zu acht Jahren innerukrainischem Bürgerkrieg und 2022 auch zum Eingreifen Russlands.

Auch die Tschechen haben den Bogen der Tschechisierung überspannt. Sie haben mit ihrer Politik der Entungarisierung, Entpolnisierung, Entgermanisierung und Entslowakisierung selbst in den rein ungarisch, rein slowakisch usw. bewohnten Gebieten die Hälfte ihres Staatsvolks in eine zum Teil leidenschaftliche Feindschaft zur Tschechoslowakei versetzt.

Exiltschechen und Exilslowaken hatten noch vor Kriegsende 1918 in Pittsburg, USA, einen Vereinigungsvertrag für einen gemeinsamen Nachkriegsstaat geschlossen. Darin war den Slowaken im zukünftigen, dreigliedrigen Staat ein autonomer Status zugesagt worden, mit eigenem Parlament, eigener Verwaltung, eigener Gerichtsbarkeit und „Slowakisch als Amtssprache in Schulen und Behörden und im öffentlichen Leben überhaupt“. Den Vertrag von Pittsburg hatte der spätere erste Präsident der Tschechoslowakei Masaryk in der obersten Unterzeichnerzeile mit unterschrieben. Als der Staat gegründet war, behauptete derselbe Masaryk, der Vertrag wäre nicht gültig, weil die unterzeichnenden Slowaken damals noch keinen existierenden Staat vertreten hätten. Somit ständen den Slowaken auch nicht die dort verbrieften Rechte zu.

Als der slowakische Politiker und spätere erste Präsident der Slowakei Tuka später dennoch die in Pittsburg zugesicherte Autonomie einforderte, wurde er zu 15 Jahren „schweren Kerkers“ verurteilt, von denen er acht Jahre abzubüßen hatte. Wen wundert es, dass Tuka im Februar 1939 zu Hitler reiste und dort die Lösung der Slowakei aus der Tschechoslowakei verlangte? Dieses Leugnen des Pittsburg-Vertrags ist eine der drei großen Betrügereien, mit denen die Slowaken 1918/19 in die Tschechoslowakei hineingetrickt worden sind. Diese drei sind Teil des tschechoslowakischen „Historienkrimis“, den ich im „Tschechisch-deutschen Drama“ beschrieben habe.

Heute geistert durch die Schulbücher Legende, dass Hitler und die Sudetendeutschen einst die Tschechoslowakei zerstört hätten. Und, wenn noch lebende sudetendeutsche Großeltern von ihrem Erleben unter tschechischer Herrschaft berichten, mag mancher Enkel für sich denken, das war ja nur die Quittung der Tschechen für das Unrecht, das die Deutschen den Tschechen angetan haben. Da ist es hilfreich, wenn man als Sudeten-Enkel die Hintergründe kennt und Legenden mit Wissen richtigstellen kann.

Die Geschichte der Tschechoslowakei ist anders abgelaufen. Am 30. Oktober 1918 beschloss die sudetendeutschen Abgeordneten, dass die von ihnen vertretenen und bis zu 94 %



Vojtech Tuka (1941)

deutschsprachigen Gebiete als „Provinz Deutschböhmen“ bei Österreich bleiben sollten. Je doch die gerade in Paris gegründete Tschechei annektierte diese Gebiete unter Einsatz ihrer Truppen gleich mit. (vergleichbar mit dem Schicksal der Krim. Im Januar 1991 beschloss das Parlament der Krim ihren Verbleib bei Russland. Sie wurde aber trotzdem Teil der gerade abgespaltenen Ukraine.) Mit den nachfolgenden tschechischen Gesetzen wurden zigtausende deutschsprachige Staatsangestellte – bei Post, Bahn, Gerichten und anderen Staatsbetrieben – in den rein deutschsprachigen Gebieten aus dem Öffentlichen Dienst entlassen, weil sie kein Tschechisch konnten. Land aus deutschem Eigentum wurde für Verteidigungszwecke und „damit es aus der Hand der Fremden in die Hand des tschechischen Volkes gelangt“, enteignet. Eine große Zahl an deutschen Schulen und Universitäten wurden geschlossen. Die neuen Wahlkreise wurden so zugeschnitten, dass Kandidaten aus den Minderheitengebieten mehr Wählerstimmen brauchten, um in das Prager Parlament zu kommen, als die Kandidaten aus den tschechischen Gebieten. Damit konnten die tschechischen Parteien in Prag jederzeit die Gesamtheit aller anderssprachigen Parteien überstimmen. Die „Demokratie“ in der neuen Tschechoslowakei wurde so zum Selbstbedienungsladen allein der Tschechen.

Die deutsche Missetat an den Tschechen war später die Besetzung der Tschechei als Protektorat am 14. März 1939. Damit brach Hitler ein dem englischen Premierminister Chamberlain schriftlich gegebenes Versprechen, keine weiteren Veränderungen in Europa mehr ohne vorherige Konsultation mit der Londoner Regierung vorzunehmen. Unter anderem auch mit dem Tschechei-Protektorat hat Hitler die englische Regierung so brüskiert, dass sie anschließend die seinerzeit auch anstehende Einigung zwischen Berlin und Warschau über die friedliche Wiedervereinigung der deutschen Hansestadt Danzig mit dem Deutschen Reich blockiert hat.

Zum ganzen Bild des völkerrechtlich verbrecherischen deutschen Protektoratseinmarschs vom 14. März 1939 gehört auch, dass die tschechische Regierung am 6. März, also just zuvor, die dem dritten Staatsteil der Tschechoslowakei, der Karpato-Ukraine, ihre gerade erst gewährte Autonomie zurückgenommen hat und am 10. März – nur vier Tage vor dem deutschen Einmarsch - auch den Slowaken ihre gerade eingeräumte Autonomie entzogen hat.

So schlimm der Verlust der Souveränität für die Tschechen damals in der Makroperspektive auch gewesen ist, so gab es in der Mikroperspektive gleichzeitig einige ganz andere Aspekte. Als die tschechischen Streitkräfte im Protektorat reduziert wurden, beantragten ganze tschechische Luftwaffeneinheiten in die Reichsluftwaffe übernommen zu werden. Die 1.700 Militärflugzeuge der tschechoslowakischen Luftwaffe wurden von den tschechischen Luftwaffenpiloten gegen finanzielle Entlohnung höchstpersönlich auf die reichsdeutschen Flugplätze überführt. Die deutsche Arbeitsverwaltung versuchte, 20.000 tschechische Arbeitskräfte für die deutsche Industrie zu werben. Es melden sich 50.000 Tschechen und 30.000 bekamen Arbeitsverträge im Deutschen Reich. So kann man im „Tschechisch-deutschen Drama“ auch manch anderes Verwunderliches lesen.

Alle drei Völker, die Tschechen, die Polen und die Ukrainer sind ihrer Rolle als Titularnationen von Vielvölkerstaaten nicht gerecht geworden. Sie haben aus Anmaßung und nationalistischem Ehrgeiz das nationale Selbstbestimmungsrecht ihrer Minderheiten und deren nationale Identitäten unterdrückt und damit zuerst die Loyalität ihrer Minderheiten verloren und dann auch die Gebiete, in denen diese Minderheiten als lokale Mehrheit lebten. Die Tschechen und die Polen haben letzteres 1939 bitter lernen müssen. Die Ukrainer haben es bis heute nicht begriffen.

Chronik eines Umbruchs, 4.Folge, 3.Fortsetzung

Angaben nach Exzerpten aus dem Pilsner Tagblatt:

2.6.20: Dr. Soukup fordert erneut, Dr. Carl von Skoda den Reisepass zu verweigern, da er Geld ins Ausland geschmuggelt habe, was infolge lascher Zollkontrollen einfach sei. Auch habe er sein tschechisches Dienstmädchen in Zürich „fortgejagt“, da er kein tschechisches Wort in seinem Hause dulde. Dieser Behauptung widerspricht Herr Gottlieb Kubeč am 4.6. 1920. Das“ tschechische Dienstmädchen“ sei seine Tochter, die als Erzieherin den Kindern Dr. Skodas Tschechisch beibringen sollte, aber nach Ablauf ihres Passes zurückkehren musste, weil die von Dr. Skoda beantragte Passverlängerung von tschech. Seite abgelehnt wurde.

5.6.20: Italien ist mit seinem Anteil an den Kriegsentschädigungen durch Deutschland unzufrieden und beansprucht einen Teil der deutschen Flotte und der deutschen Kolonien.

7.5.20: In Mies (westl. v. Pilsen) fand am 5.6. das Schulwettturnen der deutschen Mittelschulen statt. Die 310 Teilnehmer in 31 Riegen kamen aus Pilsen (Gymnasium, Realschule, Staatsgewerbeschule), Mies (Gymnasium, LBA) und Plan. Durchgeführt wurden, eingeteilt nach Altersstufen, Fünfkampf, Faustball, Schlagball und Eilbotenlauf. Im Hochsprung erzielte Tetzeli, Pilsen, 1,60 m.

15.6.20: Sonnwendfeiern müssen angemeldet werden, wenn es eine Festordnung mit Ansprache gibt. Einfaches Abbrennen mit Ausübung alter Bräuche gilt als „ortsüblich“ und ist frei.

16.6.20: Der Stadtrat Pilsens beschließt Aufhebung des „Zölibats“ für Kindergärtnerinnen und Industriallehrerinnen (vulgo: Handarbeitslehrerinnen).

Der Witwe des Verlegers Grüner werden im Auftrag der Regierung 600.000 Kč für die „Ostböhmisches Presse“ geboten. Die Witwe lehnt ab, da schon die „Troppauer Zeitung am Morgen“ in regierungsnahe Hände gekommen war.

18.6.20: In Hartmanitz wurde für 5 Kinder eine tschechische Minderheitenschule mit einem Lehrer und einer Industriallehrerin gegründet. Vier der fünf Kinder haben deutsche Eltern.

19.6.20: In Mies gibt der Musikverein „Caecilia“ ein Konzert für Streichinstrumente in der Gemeindemühle. Das „Salonorchester“ des Vereins musiziert in den Nachbarorten und spielt an Peter und Paul im Hotel Schober (Weißer Löwe), Mies.

20.6.20: Das Parlament in Prag debattiert über die Frage der Kriegsanleihen.

23.6.20: In Pilsen gibt es folgende deutsche Schulen: Staatsgymnasium, Staatsrealschule, Staatsgewerbeschule, Handelsakademie, Mädchenlyceum, Mädchenreformrealgymnasium, mehrere Volks- und Bürgerschulen.

25.6.20: In seinem Buch „Das neue Europa“ zitiert Masaryk den Polen Michiewics: „Die einzige Waffe des Unfreien ist der Verrat“.

26.6.20: Nachdem „das Egerland“ am Vortag zu einem Generalstreik gegen den Kriegsleihe-Beschluss aufgerufen hatte (sh. 20.6.20“), wird von dessen „vollem Erfolg“ berichtet.

26.6.20: In Iglau endete eine Sonnwendfeier mit Toten. Die Opfer waren drei Soldaten. Zerstört wurden einige Tafeln mit deutschen Inschriften.

1.7.20: In einem Leitartikel stellt das PT. fest, dass fast die gesamte gesetzgebende und verwaltende Tätigkeit der Tschechen mit Demütigungen und Zurücksetzungen des Deutschtums verbunden sei. Genannt werden: 1. Knebelung der deutschen Sprache; 2. Knebelung der deutschen Schulen; 3. Bevorzugung tschechischer Beamter; 4. Kleinliche Jagd nach deutschen Aufschriften in rein deutschen Gebieten; 5. Enteignung deutscher Wirtschaftseinrichtungen; 6. Deutschfeindliche Steuergesetze und Nichtanerkennung der Kriegsleihen.

3.7.20: Auswertung der Jahresberichte der deutschen Schulen Pilsens und der LBA Mies.

14.7.20: Die in Nürschan neuerrichtete Firma FEXIM stellt sich vor. Sie ist eine Maschinen-

baufabrik, Kesselschmiede und Eisengießerei.

28.6.20: Unter der Überschrift „Die unruhige Slowakei“ wird über den magyarischen Hauptmann Zatkovic berichtet, der des Landes nach Ungarn verwiesen wurde, weil er sich als Leiter einer Agitation gegen tschechische Beamte betätigt hatte.

30.7.20: Die Massenentlassung deutscher Eisenbahner geht weiter. Betroffen sind 520 Beamte, 780 Unterbeamte und 2044 „Diener“. Auch 30.7.: Die tschech. Zeitung „Pravo lidu“ wendet sich scharf gegen „gefärbte“ Nachrichten des (regierungsamtlichen) tschech. Pressbüros. Auch 30.7.: Die Bezirkshauptmannschaft Teplitz nimmt Stellung zum „Farbentragen“: Ganz unzulässig sind Schwarz-Weiß-Rot (großdeutsch), Rot-Weiß-Rot (deutsch-österreichisch) und Schwarz-Gelb (altösterreichisch). Erlaubt, wenn keine provokatorische Absicht, ist Schwarz-Rot-Gold (deutschnational).

31.7.20: An das Postamt in Saaz wurden schon 12 Tschechen versetzt. Jetzt folgt noch ein Oberaufseher aus Rakonitz. Dr. Lodgeman rügt die Abordnung, auch weil jetzt in Saaz schon zwei Tschechen mit Anspruch auf Trennungsgeld von 600 bzw. 500 Kč tätig seien.

2.8.20: Die Kriegsanleihe-Vereine dürfen nicht zum Steuerboykott aufrufen. Bei Verstoß werden Versammlungen von Kontrolleuren der politischen Landesverwaltung Prag aufgelöst.

7.8.20: Deutsche Wehrpflichtige trafen zwar in Eger ein, gingen aber statt zur Musterung in die Wirtshäuser. Daraufhin durchsuchte tschech. Militär alle Gasthäuser und „empfang“ die jungen Männer schon am Bahnhof, um sie zwangsweise zur Musterung zu „geleiten“.

8.8.20: Der tschech. Finanzminister Rašin kauft das Gut Lipotschan bei Saaz, ohne dass er nach dem Bodenreformgesetz enteignet wird.

25.8.20: In Reichenberg überreichen 200 deutsche Wehrpflichtige der Musterungskommission im Rathaus ein Memorandum. Sie seien gegen Militarismus, kämen nur zwangsweise, wünschten Wehrdienst in deutschen Formationen mit deutscher Dienstsprache und deutschen Offizieren. Bei ihrer Demonstration schwenkten sie eine schwarze Fahne und sangen „Die Wacht am Rhein“. Die Musterung verlief danach normal.

4.9.20: Der Pilsner Stadtrat forderte vom (privatwirtschaftlichen) Westböhmischem Bergbau-Aktienverein (WBAV) die Anstellung von mehr Tschechen in leitenden Stellungen.

29.8.20: Das Deutsche Theater Pilsens gibt mit einer ganzseitigen Anzeige das Programm für die nächste Spielzeit bekannt, einschließlich der Namen der Schauspieler und des Personals.

6.9.20: Oswald Schmiedeberg untersucht die in Homers Odyssee genannten Pharmaka und findet, dass die Heilkräuter von damals auch heute die Grundlage der Pharmakologie seien.

9.9.20: Der später auch als Poet bekannte Katechet Andreas Blaha wurde von der Knabenbürgerschule Pilsen an die Bürgerschule in Asch versetzt.

12.9.20: Der Kongress der „Schlaraffen“ in Karlsbad zählt rd. 1000 Teilnehmer aus aller Welt. Die diese begleitenden Damen werden „Burgfrauen“ bzw. „Burgmädchen“ genannt. Am Bahnhof Eger, den bisher die bayrischen Staatsbahnen verwalteten, wurden jetzt vier tschechische Beamte eingesetzt. Deutschen Bewerber gingen leer aus.

20.9.20: Die Stadt Tuschkau veranstaltet einen „Deutschen Volkstag“. Bürgermeister Bleyer erteilt Univ.-Prof. Dr. Spiegel von der Deutsch-demokratischen Freiheitspartei das Wort. Dieser beklagte, dass das deutsche Wort aus dem Prager Parlament verbannt und die offiziell verbreitete Ausbruchsgeschichte des Weltkrieges „nicht sehr reinlich“ sei. Dr. Wilhelm Medinger vergleicht mit der römischen Geschichte: Die römischen Feldherren teilten ihren Legionären nach 20-30 Dienstjahren ein kleines Landgut zu. Tschechische Legionäre erhielten ein Landstück schon nach viel kürzerer Zeit. Julius Caesar zeigte nach Festigung seiner Macht die „clementia Caesaris“ (Milde Caesars). Er ließ die Säulen Sullas und Pompeius', die der Pöbel umgeworfen hatte, wieder an alter Stelle aufrichten. Im Triumph zeigt sich, ob jemand „inne

re Schranken“ (Charakter/Moral) hat. Wo bleibt ein Caesar in der CSR? Kaiser Joseph II. hätte Wien durch rechtzeitige Reformen die Schrecken der französischen Revolution erspart.

Fehl: 21.9. bis 11.11.20 (Erscheinungsverbot?)!

12.11.20: Im Schutz dreier Maschinengewehr-Stellungen entfernte in Teplitz tschech. Militär das Kaiser-Josephs-Denkmal. Es wurde in den Hof des städtischen Museums gebracht. Das führte im Prager Parlament zu Protesten, in deren Verlauf zwei deutsche Abgeordnete ausgeschlossen wurden. Darauf stimmten die anderen die „Wacht am Rhein“ an.

15.11.20: In Karlsbad fand in Anlehnung an den Völkerbund die Gründungsversammlung der „Union of Democratic control“ statt. 200 Teilnehmer aus der ganzen Republik nahmen teil, allerdings keine Tscheche. Als Dr. Wien-Claudi von „falschen Behauptungen des Memoir III sprach, löste der Regierungsvertreter die Versammlung auf.

16.11.20: Tschech. Militär räumte in Eger in der Nacht zum Sonntag, dem 14.11., mit „gefälltem Bajonett“ den Marktplatz und stürzte die Josephsstatue, wobei ein Arm der Figur abbrach. Die Deutschen stellten es sofort wieder auf und sicherten es mit Eisenbändern. Vor einer zwei Meter hohen Barrikade aus Pflastersteinen hielten 50-70 Stadtpolizisten Wache. Auch 16.11.: Rašin hält den Deutschen ihren Reichtum vor, der u.a. durch Nichtanerkennung der Krieganleihen „abgeschöpft“ werden müsse.

17.11.20: In Prag Kundgebung am Wenzelsplatz gegen „Unterdrückung der tschech. Minderheit in Eger“ (sh. Meldung vom Vortag!). Es wurden tschech. Verwundete vom „Kampf“ um das Josephsdenkmal in Eger vorgestellt. Darauf Sturm auf das (deutsche) Ständetheater, wo noch am selben Abend die „Verkaufte Braut“ auf Tschechisch gegeben wird. Weitere Verwüstungen im „Deutschen Haus“, in der Redaktion des Prager Tagblattes. Die „Bohemia“ entging der Verwüstung, als der Chefredakteur die Einstellung der Zeitung versprach. Danach Demolierung der Deutschen Turnhalle in der Mariengasse mit Vernichtung der Vereinsschriften, Demolierung der Mensa academica, einschließlich der dort vorhandenen Studentenwohnungen und der 21.000 Bände umfassenden Bibliothek. Weiter Sturm auf die Meysel-Synagoge, die Deutsche Handwerkervertretung (Krakauergasse) und „Schlaraffia“.

23.11.20: Deutschfeindliche Demonstrationen auch in Pilsen: Parolen: „Heute spielen wir im deutschen Theater auch tschechisch“ und „Heute geht's auf die Deutschen und Juden“. Die Polizei verteidigte das Deutsche Theater und das Deutsche Haus. Aus dem Hotel Waldeck flohen die Gäste als die Menge rief „Na Zide“ (auf die Juden). Etwa 1000 Demonstranten erbrachen an der Druckerei des PT. die schweren Eisentüren, Papier flog schon auf die Straße, doch Schlimmeres wurde verhindert, als der Herausgeber versprach, eine Woche nicht zu drucken. Dann teilte sich die Menge und zog teils zur deutschen Turnhalle, zur deutschen Staatsgewerbeschule, zum Pilsner Hof (Glastüren demoliert), zum Judentempel und teils auch vor Privatwohnungen. Einzelne Tschechen stellten sich gegen die Ausschreitungen. Das Urteil der tschech. Presse war geteilt. C.D. schrieb: „Vergeltung für Prag“, N.D.: „Darf nicht vorkommen“.

Forts. folgt!

*Der Naturschutz ist der Rettungsversuch des aussterbenden Homo sapiens
vor dem überhandnehmenden Homo faber. (Ludwig Klages)*

Vor 75 Jahren: ČSSR-Geheimdienst errichtete fingierte Grenze

Flüchtlinge in die Falle gelockt

Mit perfiden Methoden hat der tschechoslowakische Geheimdienst StB nach der kommunistischen Machtübernahme im Februar 1948 versucht, innenpolitische Gegner zu inhaftieren. Nachdem Staatspräsident Eduard Benes den KP-Chef Klement Gottwald zum Regierungschef berufen hatte, versuchten Zehntausende in den Westen zu gelangen. Der StB errichtete daraufhin an bestimmten Stellen zum besetzten Deutschland hin eine fingierte Grenze mit Unterkünften und Schlagbaum. Dort postierte man Geheimdienstler, die von den Prager Barrandov-Filmstudios als deutsche Grenzschrützer und US-amerikanische Soldaten verkleidet worden waren.

Hinter der vermeintlichen Grenze zwischen Böhmen und Bayern wurden die Flüchtlinge zunächst freundlich empfangen und dann ausführlich befragt. Die sich in Freiheit Wählenden nahmen zu den Vorgängen und Erlebnissen in der künstlich geschaffenen Republik gegenüber den Protokollanten kein Blatt vor den Mund. Dies sollte Hunderten von ihnen zum Verhängnis werden, da diese Bekenntnisse später bei politischen Prozessen in der ČSSR als authentische Aussagen vorgelegt und interpretiert wurden.

Einem Bericht der Süddeutschen Zeitung war 1996 zu entnehmen, dass „einige“ Personen ihre zu Papier gebrachten Ausführungen später mit dem Leben bezahlen mussten.

Der tschechoslowakische Staat zog das Geld und transportfähige Wertsachen ein, mit denen die Opfer ein neues Leben im Ausland beginnen wollten. Der Besitz der Flüchtlinge wurde skrupellos konfisziert. Neben den Devisen sammelte der Geheimdienst dieserart zugleich auch wertvolle Informationen über oppositionelle Bewegungen in der damaligen CSSR.

Vom Grundsatz her ist übrigens leider ähnlich zu bewerten, wie der deutsche Inlandgeheimdienst heutzutage bei uns vorgeht. Er betreibt Hunderte von Web-Seiten mit radikal und extrem rechter Ausrichtung, um an die Identitäten ahnungsloser Nutzer zu gelangen.



Tschechische Grenztafel

Dr. Jürgen Mohn

Leserbrief zum Beitrag „Die Sudetendeutschen nach der Vertreibung“ von Friedebert Volk, Witikobrief November 2022, S. 18

Dem informativen Referat von Friedebert Volk möchte ich hinzufügen, dass die Schulverhältnisse nicht überall so liberal waren, wie von ihm geschildert: Nach Kriegsende 1945 wurde in Bayern die Bekenntnisschule wieder eingeführt, die 1938 von den Nationalsozialisten in Gemeinschaftsschulen umgewandelt worden waren. Da 55 % der bayrischen Lehrer wegen NSDAP-Zugehörigkeit freigestellt waren, traten oft vertriebene Lehrer an ihre Stelle. So kamen nach Thansüß bei Amberg eine Schlesierin und ein junger Egerländer. Sie fanden je eine einklassige katholische bzw. evangelische Zwergschule vor mit jeweils allen acht Jahrgängen in einem Raum. Bald legten die neuen Lehrer mit Einverständnis des Bürgermeisters die Schulen zusammen und betreuten jeweils nur vier Jahrgänge, allerdings konfessionell gemischt. Das aber erfuhr der Schulrat in Amberg und erzwang die Rückkehr zum früheren Zustand. Erst mit dem Volksentscheid vom 7. Juli 1968 endete in Bayern der Streit um die Konfessionsschule im Volksschulbereich. Kirchliche Einrichtungen konnten die Trennung beibehalten.

Edith Bergler, Bayreuth

Historische Schlaglichter:

Coolidge zum Massaker des 4.März 1919:

Calvin Coolidge (1872-1933), 1919 Berater des US-Präsidenten Wilson und später selbst US-Präsident, äußerte sich am 10. März 1919 wie folgt:

"Heute herrscht zwischen Deutschböhmen und Tschechen eine tiefe Feindschaft, und es gibt keinen Grund zu erwarten, dass diese Feindschaft in naher Zukunft überwunden wird. Das Blut, das am 4. März geflossen ist, als tschechische Soldaten in vielen Städten in die deutsche Menge schossen, wurde in einer Weise vergossen, dass es kaum zu verzeihen ist. Gab es im November letzten Jahres in deutschen Kreisen vielleicht noch eine gewisse Bereitschaft, die politische Zugehörigkeit zu den Tschechen aus wirtschaftlichen Gründen aufrechtzuerhalten, so ist sie heute praktisch verschwunden.....".

Zu den Ansprüchen der Tschechen auf das Sudetenland äußerte sich Coolidge am 10.März 1919 wie folgt. *"Wenn den Böhmen das gesamte von ihnen beanspruchte Gebiet zugestanden würde, wäre das nicht nur ungerecht, sondern auch gefährlich für die Zukunft des neuen Staates und vielleicht sogar unglücklich"* (Google).

Die Auflösung der CSR vor 30 Jahren:

Lidové noviny erinnert zum 30. Jahrestag des Zusammenbruchs der tschechoslowakischen Föderation (31.12.1992) daran, dass die CSR von Anfang an ein Projekt war, das zum Verschwinden bestimmt war. Aber es hat sich mit dem unglücklichen und zerbrechlichen Post-Versailles-Konstrukt eines Europas, das alles andere als gerecht und stabil war, "vertragen". Als Tschechen haben wir den neuen Staat unglücklich begonnen.

Erstens: Zunächst gründeten die erst- und drittstärkste Volksgruppe einen Staat, in dem sie ihren Namen trugen, ignorierten aber ostentativ die zweitstärkste Volksgruppe, die Deutschen, sowie die ungarische, polnische und ruthenische Volksgruppe. (Die Deutschen waren über eine Million Mal stärker als die Slowaken)

Zweitens: Wir haben von Anfang an gegen die Pittsburgher Vereinbarungen über die föderale Organisation des Staates verstoßen, und Masaryk selbst sprach von einer "tschechoslowakischen Nation", die die Slowaken nie akzeptiert haben.

Drittens: Von Anfang an wandte die neue Republik Gewalt an, sowohl im Inneren (die Deutschen wurden von der neuen Republik mit Schüssen und Toten "begrüßt") als auch nach außen (wir hatten Probleme und bewaffnete Auseinandersetzungen mit fast allen unseren Nachbarn).

Wirtschaftliche Benachteiligung

Am 1. Juli 1920 stellte das Pilsner Tagblatt fest, dass fast die gesamte gesetzgebende und verwaltende Tätigkeit der Tschechen mit Demütigungen und Zurücksetzungen des Deutschtums verbunden sei. Bis zum Jahre 1938 hatte sich daran nichts geändert, ja man konnte den 1920 angeführten Beispielen noch viele weitere hinzufügen: So wurde bei der Vergabe von Staatsaufträgen in den mehrheitlich (84,5 %) deutschen Bezirken nur 16,1 % der Aufträge an deutsche Unternehmer vergeben.

Eine gut geordnete Bibliothek verleiht dem Haus eine Seele.
(Cicero)

Wegen der Umstellung der Buchhaltung können die eingegangenen Spenden erst in der Mai-Folge bekanntgegeben werde. Der Vorstand bittet um Verständnis und dankt für die Opferbereitschaft.

Vor 100 Jahren entstanden:

Das tschechische „Gesetz zum Schutz der Republik“

1918 wurden die Deutschen gegen ihren Willen und unter Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker in das tschechoslowakische Staatsgebiet einbezogen, als zweitstärkstes Staatsvolk von der der Erstellung der Gesetzesordnung und der Verfassung aber ausgeschlossen. Dieses undemokratische Verhalten demütigte die Deutschen tief und machte es ihnen sehr schwer, sich für den neuen Staat zu erwärmen. Deswegen wurde das Denkmal des Habsburger Kaisers, Josef II., auf dem Marktplatz in Eger zum Symbol des Deutschtums. Karl Wilfert d.Ä. hatte es in Bronze gegossen. Den Tschechen jedoch war dieses Denkmal ein Dorn im Auge gewesen.

In der Nacht des 14. Novembers 1920 stürzten tschechoslowakische Soldaten Josef II. mit lautem Getöse vom Sockel. Aber die deutsche Bevölkerung stellte Kaiser Josef noch in der gleichen Nacht auf seinen angestammten Platz zurück und schmiedete ihn mit starken Eisenbändern an den Sockel. Der rechte Arm fehlte, dessen Hand das Toleranzpatent hielt, in dem er die Duldung des evangelischen Glaubens neben dem katholischen festgeschrieben hatte. Diesen Arm hatten die Soldaten wohl als Trophäe mitgenommen. Nichts konnte für die nächsten Jahre das angeschlagene Deutschtum und die tschechische Überheblichkeit besser veranschaulichen als Kaiser Josef in dieser für ein Denkmal eigenartigen Aufmachung.

Endgültige Entfernung

Laut Heribert Sturm (Eger, Geschichte einer Reichsstadt, 1952) erhielt der Stadtrat von Eger Anfang Mai 1923 den staatlichen Auftrag, binnen zwei Wochen das Kaiser-Josef-Denkmal zu entfernen. Prag hatte mit dem „Gesetz zum Schutz der Republik“, die gesetzliche Handhabe für diese Demontage geschaffen.

Um einen Aufstand unter der Bevölkerung zu vermeiden (1921 hatte Eger 27.524 Einwohner, von denen 1.305 Tschechen waren), entschloss sich der Stadtrat am 4. Mai 1923, Kaiser Josef in der darauffolgenden Nacht nach 24 Uhr verschwinden zu lassen.

Kaum waren die ersten Hammerschläge über den Marktplatz gehallt, begannen die Glocken der evangelischen Friedenskirche zu läuten, und eine große Menschenmenge kam zusammen. Nachdem die schweren Eisenbänder nach stundenlanger Arbeit gelöst waren, bildete die Menge, von Fackelträgern unterteilt, ein Spalier, durch das die Statue zu einem mit Tannengrün geschmückten Wagen transportiert wurde. Schließlich war der Garten des Stadtarchivs ihr späterer Aufbewahrungsort. (2003 wurde die Statue ohne Arm in Franzensbad wieder aufgestellt.)

Bis gegen Ende des Jahres 1923 stand auf dem Marktplatz noch der leere Sockel des Denkmals, den ein Korb mit Blumen schmückte. Dann musste auch dieser Rest abgetragen werden.

Die Entstehung des „Gesetzes zum Schutz der Republik“

Ausschlaggebend für die Entstehung des „Gesetzes zum Schutz der Republik“ war das Attentat auf Finanzminister Alois Rašín am 5. Januar 1923 in Prag gewesen. Rašín wurde von dem 19-jährigen Anarcho-Kommunisten Josef Soupal in den Rücken geschossen. Am 18. Februar starb der 55jährige an seinen Schussverletzungen. Soupal wurde schnell gefasst und gab an, er habe nicht nur den Finanzminister, sondern das gesamte System treffen wollen.

In Regierungskreisen verbreitete dieses Attentat große Unruhe, denn es hatte sich gezeigt, daß der Staat verletzbar war. Auch die ausländische Presse war nicht zu überhören, die sich immer wieder mit der Unterdrückung der Deutschen in der ČSR befasste, nachdem die tschechoslowakische Regierung durch das brutale Vorgehen ihres Militärs gegen die deutsche Bevölkerung am 4. März 1919 im Ausland in Misskredit gekommen war.

Deswegen arbeitete ein Heer von Juristen fieberhaft an einem Gesetz, um den Staat gegen Bedrohungen von Innen abzusichern. Schließlich verabschiedete die Regierung am 23. März 1923 das „Gesetz zum Schutz der Republik“. Sogar nach 1945 war dieses Gesetz mit einigen

Änderungen wieder in Kraft gewesen.

Das „Gesetz zum Schutz der Republik“ ist ein dickes Konvolut. Fritz Peter Habel schreibt dazu (Dokumente zur Sudetenfrage, 2003, S.319), dass sich in diesem Gesetz in interessanter Form Tatbestände, die in jedem Staat der Welt verfolgt werden (z. B. Militärischer Verrat § 6) mit Besonderheiten mischen, die einen Eindruck von den Sorgen der ČSR vermitteln (z. B. § 26 und § 14).

Nach § 26 mussten sämtliche Denkmäler, Inschriften etc. aus der Öffentlichkeit verschwinden, wenn sie staatsfeindlichen Charakters waren oder einem Mitglied der Familien gewidmet waren, die in Österreich, Ungarn, Österreich-Ungarn oder im Deutschen Reich herrschten oder ein Mitglied der Dynastien darstellten, die 1914 im Deutschen Reich regiert hatten.

§ 14 verbot die Darstellung der Entstehung der Tschechoslowakischen Republik in der Öffentlichkeit. Die Darstellung wurde als „Aufwiegelung“ gesehen und konnte bis zu zwei Jahren Gefängnis nach sich ziehen.

Dazu meint Habel: „Die ČSR dürfte der einzige Staat der Welt gewesen sein, gegen den man durch Darstellung seiner Entstehung „aufwiegelte“ konnte und sich dadurch strafbar machte.“
(*Edith Bergler*)

Zwangssterilisation von Roma-Frauen in der ČSSR

Man geht davon aus, dass die rechtswidrige Sterilisierung von Roma-Frauen schon 1966 begann. Ende der 1960er Jahre glaubten die Behörden aber, dass die Geburtenrate bei der čsl. Roma-Bevölkerung im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung zu hoch sei. Daher trat im Januar 1972 eine Richtlinie in Kraft, die lokalen Behörden und Krankenhäusern erlaubte, Roma-Frauen und Patientinnen mit Behinderungen zu sterilisieren.

In der Praxis legte man Roma-Frauen bei Kaiserschnitten oder anderen chirurgischen Eingriffen oft Genehmigungsformulare zur Unterschrift vor, wobei viele unwissentlich ihre Zustimmung zur Sterilisation gaben. In anderen Fällen wurde den Roma-Frauen gesagt, dass man ihnen ihre Kinder wegnehmen würde, wenn sie dem Eingriff nicht zustimmten.

Das Ganze hatte natürlich einen ideologischen Überbau. So schrieb das zuständige čsl. Ministerium 1972, dass die "materiellen Ungleichheiten" durch den Sozialismus beseitigt und die Bevölkerung des Landes "homogen" sei. "Soziale Pathologien" seien Überreste des Kapitalismus und würden von den "kulturell Minderwertigen" verbreitet. 1975 rechnete ein führender Gynäkologe vor, dass sich die Sterilisation von Roma-Frauen sogar rechne, denn die Entschädigung, die der Staat diesen Frauen zahlte, sei geringer als die Kosten, die er durch "genetisch geschädigte" Kinder hätte. Der Erfolg der kommunistischen Kampagne beruhte aber vermutlich auch auf antiziganistischen Stereotypen, die aus früheren Zeiten stammten.

Obwohl die Roma-Bevölkerung nie mehr als 2 Prozent der Bevölkerung ausmachte, betrug ihr Anteil an den Sterilisationen 36 Prozent. 1992 wurden die Sterilisationsdekrete formell abgeschafft. Die erste Frau, die Schadensersatz forderte, obsiegte nach fünfjährigem Kampf erst vor dem europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und erhielt nach außergerichtlicher Einigung eine Entschädigung von 10.000 Euro. Das örtliche Gericht hatte das Krankenhaus nur zu einer Entschuldigung verurteilt.

(*Google, Radio Prag*)

Der traurige Ursprung des Wiegenliedes Heidschi Bumbeidschi

Das Wiegenlied „Heidschi Bumbeidschi“ scheint teilweise in unverständlicher Kindersprache abgefasst. Man versteht es erst, wenn man etwas über die Janitscharen weiß. Diese bildeten die Elitetruppe der türkischen Sultane und bezogen ihren Nachwuchs aus der sog. „Knabenlese“ oder dem „Knabenzins“. Damit bezeichnete man verharmlosend, dass den Eltern unterworfenen christlicher Balkanvölker regelmäßig die kräftigsten Knaben weggenommen und in Istanbul zu Kriegern erzogen wurden. Das Alter der entführten Jungen lag zwischen 7 und 14 Jahren. Rund jeder 40. Knabe der unterjochten Völker wurde auf diese Weise versklavt.

Auf diese grausamen Raubzüge spielt das erwähnte Wiegenlied an.

Die erste Strophe bezieht sich auf eine Mutter, die bei der Verteidigung ihres Sohnes getötet wurde. Das Bum Bum ahmt Schüsse, also kriegerisches Geschehen, nach. In der letzten Strophe wurde ein Kind mitgenommen und nicht wieder gebracht. Auch Heidschi lässt sich erklären.

Es kommt von „Hadschi“, das jedem Karl-Mai-Leser von Hadschi Halef Omar, dem Begleiter Kara Ben Nemsis bekannt ist. Es ist der Ehrenname für Muslime, die schon einmal an der großen Pilgerfahrt nach Mekka teilgenommen haben. Bei der Knabenlese wurde so der Anführer der räuberischen Reiterschwadron angesprochen oder angefleht.

Diese grausame Rekrutierungsweise begann im 14. Jahrhundert, um 1360, und endete 1683 mit der Niederlage der Türken vor Wien. Die Truppe war einer strengen Zucht unterworfen, lebte zölibatär und in Armut. Später, als die Janitscharen ihre Macht erkannt hatten, erzwangen sie weitgehende Lockerung des strengen Reglements. Zur Auflösung des ganzen Verbandes kam es 1826 nach einem Putschversuch.

Die Türkengefahr

Die Abwehr der Türken vor Wien 1683 beendete nicht nur die „Knabenlese“, sondern leitete auch das Ende der Osmanen-Herrschaft im Balkan ein. Der Krieg 1714 -1718 verschob die Grenze schon hinter Belgrad. Daran beteiligt waren auch Truppen aus Böhmen, wie das 35. Infanterie-Regiment (IR 35) aus Pilsen, in dem natürlich auch „Deutschböhmen“ dienten. So abgesichert konnten die Staaten Westeuropas inzwischen ungestört Handel mit überseeischen Kolonien treiben. Frankreich „bedankte“ sich dafür leider mit der Annexion des Elsass.

Hier eine bairische Version des Liedes:

Åber heidschi bumbeidschi, schlåf långe,
es is jå dein Muatter ausgånga;
sie is jå ausgånga und kimmt neamer hoam
und låßt dås kloan Biabele gånz alloan!
Åber heidschi bumbeidschi bum bum,
åber heidschi bumbeidschi bum bum.

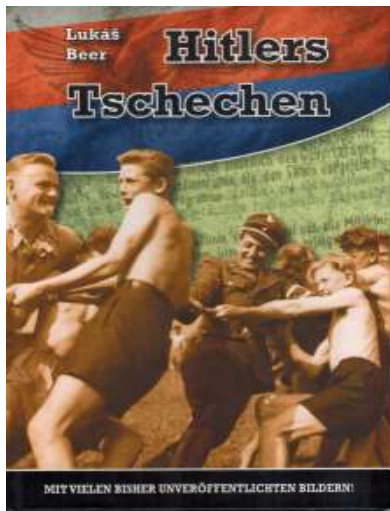
Åber heidschi bumbeidschi, schlåf siaße,
die Engelen låssn di griåßn!
Sie låssn di griåßn und låssn di frågn,
ob du in' Himml spaziern willst fåhnr.
Åber heidschi bumbeidschi ...

Åber heidschi bumbeidschi, in' Himmel,
då fährt di a schneeweißer Schimml,
drauf sitzt a kloans Engei mit oaner Låtern,
drein leicht' von' Himml der ållerschenst Stern.
Åber heidschi bumbeidschi ...

Der Heidschi bumbeidschi is kumma
und håt ma mein Biabele mitgnumma;
er håt ma's mitgnumma und håt's neamer bråcht,
drum winsch i mein' Biaberl a recht guate Nåcht!
Åber heidschi bumbeidschi ...

***Die Zensur ist das lebendige Eingeständnis der Herrschenden,
daß sie nur verdummte Sklaven treten, aber keine freien Völker regieren können.***

Joh. N. Nestroy



Neu! ! € 45,- (ein absolutes MUSS!)



€ 5,-



€ 11,-



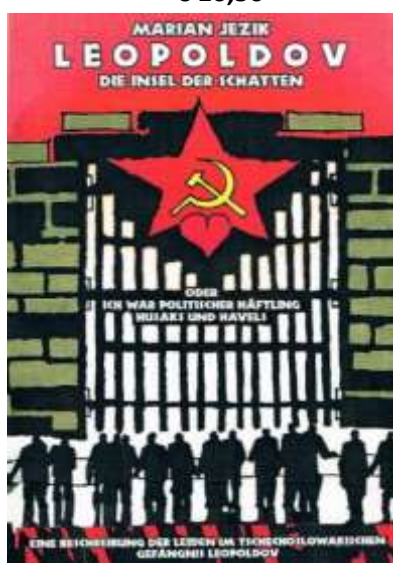
€ 16,50



€ 9,-



€ 10,-



€ 9,-



€ 30,-



€ 25,-

Bestellungen bitte über witikobund-bundesverband@freenet.de oder über die Anschriften im Impressum!